



Niederschrift

**über die Sitzung
des Kulturausschusses
am 22.03.2012**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- Vorsitz

Frau Beigeordnete Marianne Grosse

- Kulturausschuss

Katharina Binz (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) (Urkundsperson)
Ulrike Fassbender (FDP)
Gunther Heinisch, MdL (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Walter Konrad (CDU)
Christine Zimmer (SPD)
Gerhard Walter-Bornmann (SPD)
Karin Trautwein (CDU) (Urkundsperson)

- entschuldigt fehlen

Dr. Johanna Kretschmer
Martina Kracht

- Schriftführung

Raphael Lopez, Amt für Kultur und Bibliotheken

- Verwaltung

Jan-Sebastian Kittel, Kulturreferent, Dezernat für Bauen, Denkmalpflege und Kultur
Dr. Stephan Fliedner, Amt für Kultur und Bibliotheken
Friedrich Hofmann, Amt für Kultur und Bibliotheken
Dr. Annette Ludwig, Gutenberg-Museum
Martin Steinmetz, Amt für Kultur und Bibliotheken
Dr. Frank Teske, Stadtarchiv
Erwin Brod, Bauamt

- weiterhin anwesend

Marlien Mielczarek, Praktikantin, Amt für Kultur und Bibliotheken
zwei Vertreter der örtlichen Presse

- Beginn der Sitzung: 16.30 Uhr
- Ende der Sitzung: 18.20 Uhr

Tagessordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 7

b) öffentlich

2. Anhörung der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Satz 5 Denkmalschutzgesetz
3. Umbenennung des Deutschhausplatzes in Platz der Mainzer Republik
4. Kündigung der Mitgliedschaft in der KulturRegion FrankfurtRheinMain
5. Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 1082/2011/1 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN
6. Mitteilungen/Verschiedenes
7. Einwohnerfragestunde

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird an die Ausschussmitglieder eine korrigierte Vorlage zu dem TOP 5 **Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 1082/2011/1 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN / betr. Historische Straßennamen in Mainz – sichtbare Zeichen des geschichtlichen Bewusstsein** vorgelegt.

Frau Beigeordnete Grosse eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung des Kulturausschusses mit der Feststellung, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Frau Faßbender erhebt Einwände gegen die vorliegende Tagesordnung. Sie bittet darum, TOP 3 zu vertagen, da eine ausführliche historische Bewertung der Mainzer Republik noch fehle.

Herr Dr. Konrad stimmt dem zu und erklärt, dass auch in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf besteht.

Herr Heinisch betont, dass die Diskussion bereits seit einem längeren Zeitraum geführt wurde. Es müsse möglich sein, endlich eine Entscheidung zu treffen.

Frau Beigeordnete Grosse bedauert die Verzögerung, räumt aber ein, dass dem Beratungsbedarf Rechnung getragen werden müsse.

Die Vorsitzende begrüßt Frau Dr. Annette Ludwig und dankt ihr, dass die Sitzung im Gutenberg-Museum abgehalten werden kann.

Außerdem wird Herr Dr. Teske vom Stadtarchiv begrüßt, der zu dem Punkt Umbenennung des Deutschhausplatzes in „Platz der Mainzer Republik“ als Fachberater eingeladen wurde.

Sodann erfolgt Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 2 **Anhörung der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Satz 5 Denkmalschutzgesetz (DSchG) zur Eintragung und Löschung in das nachrichtlich geführte Verzeichnis der Denkmalliste**
hier:
Benehmensherstellung Denkmalliste (Stand Februar 2012)
Vorlage: 0321/2012

Frau Beigeordnete Grosse teilt mit, dass es sich bei der Denkmalliste um ein nachrichtlich geführtes Verzeichnis handelt, mit dem Rechtswirkungen nicht verbunden sind. Diese Liste habe nur eine Informationswirkung. Die Eigentümer der Kulturdenkmäler werden nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch das Bauamt,

Abteilung Denkmalpflege, schriftlich über die Eintragung in die Liste und die Rechtsfolgen informiert.

Seitens der Mitglieder des Kulturausschusses werden keine Bedenken und Anregungen vorgetragen.

Punkt 3 **Umbenennung des Deutschhausplatzes in Platz der Mainzer Republik**
Vorlage: 0283/2012

Die Mitglieder des Kulturausschusses beschließen einstimmig, die Entscheidung über die Umbenennung des Deutschhausplatzes in **Platz der Mainzer Republik** zu vertagen.

Frau Beigeordnete Grosse verweist auf Anträge der FDP- und der CDU-Stadtratsfraktion, die noch Beratungsbedarf angemeldet haben.

Die Vorsitzende bemerkt, dass die Diskussion bereits seit zwei Jahren geführt werde. Der ursprüngliche Vorschlag, die Mainzer Republik mit einer Platzbenennung in der Nähe des Deutschhauses zu würdigen, stamme vom rheinland-pfälzischen Landtag. Der Ortsbeirat Mainz-Altstadt griff diese Initiative auf.

Darüber hinaus wird erklärt, dass die Prüfungen innerhalb der Verwaltung ergeben haben, dass es keine gemeinsame Benennung des Deutschhausplatzes und des Ernst-Ludwig-Platzes geben werde.

Aus städtebaulichen Gründen sei dies nicht möglich, da nicht nur die Große Bleiche als Teilung gilt, sondern auch die Platzteile versetzt liegen.

Formal wurden alle notwendigen Verfahrensschritte unternommen, darunter die Anhörung aller Anwohner. Die Rückmeldung fiel mehrheitlich positiv aus. Lediglich der Städte- und Gemeindebund und die Landesärztekammer hatten Bedenken angemeldet.

Seitens der Verwaltung wurde daher eine virtuelle Teilung des Platzes vorgeschlagen. Die Seite des Deutschhauses soll den Namen „Platz der Mainzer Republik“ erhalten. Diese Adresse träfe dann nur auf den Landtag und die Staatskanzlei zu, welche bereits zugestimmt haben.

Die gegenüberliegende Seite würde Namen, Adresse und Hausnummern behalten. Nach mehr als zweijährigem Verfahrensweg wurde das Einvernehmen zu dieser Vorlage im Stadtvorstand bereits hergestellt. Die Vorsitzende verweist zur historischen Bewertung auf ein Zitat von Bundestagspräsident Norbert Lammert, in dem er die Mainzer Republik als „den ersten radikaldemokratischen Versuch deutscher Jakobiner, eine Republik zu begründen“ betitelt.

Herr Dr. Teske erläutert, dass eine direkte Traditionslinie von der Mainzer Republik zum Hambacher Fest gezogen werden könne. Für die Geschichte der Demokratie in Deutschland sei die Mainzer Republik von grundlegender Bedeutung. Die Vorfälle um die Vertreibung von 200 jüdischen Familien aus Mainz sei nicht als Pogrom zu bewerten, da die Vertreibung aus politischen, nicht aber aus religiösen Gründen stattgefunden habe.

Herr Dr. Konrad erinnert an die zahlreichen Leserbriefe. Negative Erinnerungen würden bei Bürgerinnen und Bürgern wachgerufen, sodass es unablässig sei, eine vernünftige Aufklärung zu leisten. Eine Neuinterpretation der Mainzer Republik sei in diesem Zusammenhang erforderlich.

Herr Heinisch bedauert die negative Konnotation der Mainzer Republik. Er verweist auf die Wurzeln der Traditionen, die weit vor NS-Deutschland liegen würden. Er spricht sich klar für eine Umbenennung aus.

Herr Walter-Bornmann lobt die Mainzer Presse und befindet die Berichterstattung zu der Mainzer Republik als zufriedenstellend. Er gehe davon aus, dass das Wissen bereits vermittelt werden konnte.

Frau Faßbender warnt grundsätzlich vor Straßenumbenennungen, da diese kostspielig und für den Bürger mit Unannehmlichkeiten verbunden seien. Wegen der historischen Bedeutung dieser Namensänderung schlägt sie vor, dass das Thema von der Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“ diskutiert werden soll.

Frau Binz fragt, wie der weitere Verlauf aussehen soll und kommentiert, dass bereits ausreichende Informationsveranstaltungen und genaue Prüfungen stattgefunden hätten.

Herr Dr. Konrad räumt ein, dass man die Mainzer Republik durchaus als Vorstufe der Demokratie anerkennen könne. Allerdings gäbe es persönliche Schicksale, die dadurch aufgerüttelt werden würden. Die Reaktionen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger sind zahlreich und groß; auf diese müsse eingegangen werden.

Frau Beigeordnete Grosse bringt ihr Vertrauen in die Arbeit der Historiker des Stadtarchivs Mainz zum Ausdruck. Der Ortsbeirat Mainz-Altstadt soll zur nächsten Sitzung des Kulturausschusses eingeladen werden. Die Diskussion soll in der besagten Arbeitsgruppe fortgesetzt werden.

Punkt 4 **Kündigung der Mitgliedschaft in der KulturRegion FrankfurtRhein-**
Main durch die Landeshauptstadt Mainz als Gesellschafterin
Vorlage: 0337/2012

Frau Beigeordnete Grosse führt aus, dass der Austritt der Landeshauptstadt Mainz aus der KulturRegion FrankfurtRheinMain nicht nur unter finanziellen Aspekten zu begründen sei, sondern auch die ursprüngliche Zielsetzung der KulturRegion Frank-

furtRheinMain betrachtet werden müsse. Mainz hatte sich damals zur Mitgründung entschlossen, um für die eigenen Kulturinstitutionen eine breitere und auch internationale Vernetzung im Kulturraum des Rhein-Main-Gebietes zu erreichen. Die Vorsitzende berichtet, dass sich jedoch öffentliche Kulturinstitute des Landes und der Stadt sowie Industrie- und Gewerbebetriebe nach dem jeweiligen Themenbereich einbrachten.

Dies war in der Regel mit einem hohen Geld- und vor allem Personaleinsatz bei allen Instituten und Betrieben verbunden, der zusätzlich geleistet werden musste. Diese Zusatzleistung komme zu dem Mitgliedsbeitrag in Höhe von 20.000 € hinzu. Zudem stellt die Vorsitzende heraus, dass in den zurückliegenden Jahren die überregionale Zusammenarbeit in der KulturRegion FrankfurtRheinMain sich vor allem auf die hessische Seite und den Ballungsraum Frankfurt/Offenbach konzentriert habe.

Frau Beigeordnete Grosse erklärt, dass die KulturRegion kein Partner auf Augenhöhe sei und dass eine Zusammenarbeit mit Wiesbaden und den umliegenden Landkreisen förderlicher sei.

Herr Dr. Konrad prangert die einseitige Diskussion an und wünscht sich eine neutralere Argumentation. Außerdem führt er aus, dass sich viele Mainzerinnen und Mainzer mit Frankfurt verbunden fühlen, wie zum Beispiel durch den Verkehrsverbund und einen Wirtschaftskreis. Man dürfe nun die Kultur nicht wegbrechen lassen und somit diese Verbundenheit schwächen. Herr Dr. Konrad betont, dass die Arbeit in der KulturRegion nicht mit Geld aufgewertet werden kann.

Frau Faßbender erläutert, dass viele Themen auf Hessen zugeschnitten seien. Die anderen Beziehungen und Bündnisse, die Herr Dr. Konrad aufzählt, würden die Partnerschaft mit Frankfurt stärken, trotz Ausstieg aus der KulturRegion.

Herr Walter-Bornmann schlägt einen Kompromiss vor, indem Mainz in den Namen integriert werden könnte, sodass sich die regionale Bedeutung verschieben würde.

Frau Trautwein stimmt Herrn Dr. Konrad zu und beschreibt, dass Mainz Themen anbieten müsse, die auch für Frankfurt interessant sind. Sie begründet dies mit der Größe und Wichtigkeit Frankfurts in der Region.

Frau Binz kritisiert, dass Mainz gezwungen sei, sich Frankfurt zu fügen.

Frau Beigeordnete Grosse mahnt an, dass sich Mainz die Mitgliedschaft im lediglich organisatorischen Grundgerüst der KulturRegion FrankfurtRheinMain für 20.000 Euro pro Jahr nicht mehr leisten könne. Der Zwang zur Kosten-Nutzen-Rechnung sei unumgänglich.

Herr Dr. Fliedner ergänzt, dass Mainz zusätzliche Projekte für die Kulturregion auch kostenmäßig und personell bewältigen müsse. Erhebliche Mittel, die man in die Region Frankfurt lenke, würden dann hier in Mainz fehlen. Darüber hinaus seien

wichtige Kooperationspartner aus Industrie und Wirtschaft im Laufe der Zeit bereits abgesprungen.

Im Anschluss an die Diskussion empfiehlt der Kulturausschuss mit **6 : 2 : 0** Stimmen dem Stadtrat, die Mitgliedschaft der Stadt Mainz als Mitglied in der KulturRegion FrankfurtRheinMain zum Ende des Geschäftsjahres am 31.12.2012 - soweit die Aufsichtsbehörde in Trier keine rechtlichen Bedenken geltend macht - zu kündigen.

Punkt 5 **Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 1082/2011/1 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN betr. Historische Straßennamen in Mainz - sichtbare Zeichen des geschichtlichen Bewusstseins**
Vorlage: 0365/2012

Der Kulturausschuss empfiehlt mit **8 : 0 : 0** Stimmen dem Stadtrat, zu dem Antrag in regelmäßigen Abständen im Kulturausschuss sowie im Stadtrat zu berichten.

Punkt 6 **Mitteilungen/Verschiedenes**

Frau Beigeordnete Grosse teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kulturausschusses am 5. Juni 2012 stattfinden wird.

Punkt 7 **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

gez. Marianne Grosse

.....
Beigeordnete Marianne Grosse
Vorsitz

gez. Raphael Lopez

.....
Raphael Lopez
Schrifführung

gez. Katharina Binz

.....
Katharina Binz
Urkundsperson

gez. Karin Trautwein

.....
Karin Trautwein
Urkundsperson